

Pressedossier

22. Juni 2020



STOP PALMÖL
STOP HUILE DE PALME
STOP OLIO DI PALMA

REFERENDUM GEGEN DAS
FREIHANDELSSABKOMMEN MIT INDONESIA

RÉFÉRENDUM CONTRE L'ACCORD DE
LIBRE-ÉCHANGE AVEC L'INDONÉSIE

REFERENDUM CONTRO L'ACCORDO DI
LIBERO SCAMBIO CON L'INDONESIA

WWW.STOP-PALMOEL.CH



Case postale 171
1242 Satigny

Rede von Willy Cretegy, Biowinzer und Initiator des "Stop Palmöl"-Referendums Einreichung vom 22. Juni 2020

Heute ist ein sehr wichtiger Tag für die Landwirtschaft, das Handwerk und die lokale Wirtschaft im Allgemeinen. Es ist ein grosser Tag, weil wir das erste Referendum gegen ein Freihandelsabkommen einreichen. Diesen Januar stellten Uniterre und ich ein Komitee zusammen, dem mehrere Organisationen und Einzelpersonen angehören. Wir nannten es "Stop Palmöl", weil Palmöl ein Symbol für diese Art von Abkommen und seine Auswirkungen ist. Aber dies ist kein Referendum, das sich auf den Widerstand gegen die Einfuhr dieses Öls oder gegen die Abholzung der Wälder in Indonesien beschränkt. Es ist eindeutig eine Opposition zum Freihandelssystem.

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit einer oder mehreren Ländergruppen führt zur Abschaffung aller Massnahmen, die einen gesunden, unverzerrten Wettbewerb garantieren. Die Abschaffung dieser Massnahmen hat zum Verschwinden ganzer Teile unserer lokalen Produktion geführt und wird dies auch weiterhin tun.

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens führt zur Aufgabe unserer Standards, Sozial- und Umweltstandards. Wie weit der Respekt unserer Politiker*innen gegenüber unseren Standards reicht, die ja unsere gemeinsame Entscheidung sind, sieht man an der Bezeichnung des Gesetzes. Sie haben es „Gesetz über Handelshemmnisse“ genannt. Es ist als ob man Gesetze zum Verkehr als „Verkehrsbehinderungsregeln“ bezeichnen würde, nur weil gewagt wurde, darin Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Fussgängerübergänge festzulegen.

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens ermöglicht uns den Zugang zu Waren zu extrem niedrigen Preisen. Diese niedrigen Preise haben zu übermässigem Verbrauch und einer Explosion des Abfallvolumens geführt. Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens hat dazu geführt, dass Handel und Transport exponentiell zugenommen haben, was eine enorme Quelle der Umweltverschmutzung darstellt.

Man kann auch hinzufügen, dass die Reduzierung oder sogar die Abschaffung der Zölle, die es ermöglicht haben, die Wettbewerbsverzerrungen zu begrenzen, den Akteuren dieses freien Weltmarkts ermöglicht hat, ein kolossales Vermögen aufzubauen. Diese Steuern spielten eine wichtige Rolle beim Schutz der lokalen Wirtschaft und Beschäftigung. Indem sie in die öffentlichen Kassen flossen, ermöglichten sie Investitionen für die Gemeinschaft.

Mit der heutigen Hinterlegung von fast 60.000 Unterschriften machen wir einen ersten Schritt. Während wir auf die Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit Indonesien warten, haben wir noch enorm viel Kommunikations- und Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, diese Politik abzulehnen.

Wir müssen auch die Organisationen überzeugen, deren Abwesenheit heute unverständlich ist. Wie konnten Organisationen für die Umwelt, für Menschenrechte und für die Landwirtschaft dieses Abkommen akzeptabel finden? Wie können sie sich mit ein paar Versprechungen zur Achtung der Umwelt zufrieden geben und gleichzeitig akzeptieren, dass die Abholzung weitergeht, dass Güter von einem Ende des Planeten zum anderen transportiert werden und dass der übermässige Verbrauch angeheizt wird?

Die Klimaproteste, die Tausende von Menschen auf der ganzen Welt zusammengebracht haben, müssen zu echten Veränderungen führen. Wir müssen anders produzieren, wir müssen anders konsumieren, wir müssen unsere Umwelt als Ganzes respektieren - Natur, Ressourcen, Landschaft, Menschenrechte, das soziale und wirtschaftliche Gefüge. Dieses Referendum ist ein Stein in diesem neuen Gebäude, das wir gemeinsam errichten wollen!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Anwesende,

In Indonesien wird in diesem Moment Verbrechen an unserer Zukunft verübt. Jede Stunde verschwindet in Indonesien Regenwald von der Fläche von 100 Fußballfeldern. Ausgelöscht von der Landkarte. Abgeholzt für Profite. Zerstört für die Gewinne der Konzerne. Die Folgen dieser systematischen Zerstörung sind immens: Die Abholzung des Regenwaldes verringert die Biodiversität. Sie führt zur Vertreibung von Kleinbäuer*innen und anderen Menschen. Und sie befeuert die Klimakatastrophe, die vor unserer Türe steht.

Mit jeder Hektare gerodeten Regenwalds werden 100-170 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre gepustet. Die globale Zerstörung des Urwalds ist für rund 20% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Indonesien ist einer der Spitzenreiter in diesem himmeltraurigen und gefährlichen Geschäft. Der Grund für die rasende Abholzung: Die Errichtung von immensen Palmölplantagen, von denen aus die ganze Welt mit günstigem Palmöl versorgt wird. Palmöl für Kosmetika, für Biodiesel und für Nahrungsmittel. Riesige Monokulturen, die den Urwald gewaltsam verdrängen, immer weiter mit jeder vergehenden Stunde.

Liebe Anwesende, liebe Mitstreiter*innen und Mitstreiter

Spätestens jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen, um die Notbremse zu ziehen. Um das Steuer umzudrehen und zu verhindern, dass wir mit Vollgas in den Abgrund rasen. Um alles zu tun, um die Zerstörung des Regenwaldes aufzuhalten und stattdessen lokale Produktionsketten zu fördern. Doch was macht der bürgerliche Bundesrat? Er setzt uns ein Freihandelsabkommen mit Indonesien vor, das den Ausverkauf des Regenwaldes noch profitabler machen soll. Das den Konzernen, die unsere Umwelt und Zukunft zerstören, noch mehr Geld in die Kassen spült. Die Hauptprofiteure von Freihandelsabkommen sind und bleiben die Konzerne und das reichste Prozent. Zumindest solange, wie die Macht über unsere Wirtschaft alleine in ihren Händen liegt. Von strengeren Patenten bei Medikamenten und beim Saatgut profitieren die Konzerne, nicht die 99%. Von der erzwungenen Liberalisierung des indonesischen Bankensektors profitieren die Reichsten, und ganz sicher nicht die Bevölkerung.

Dieses Freihandelsabkommen ist ein Vertrag der Mächtigen. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Die wohlklingenden Versprechen der Nachhaltigkeit darin sind wenig wert, solange darin keine strikten Kontrollen garantiert werden. Und solange es keine harten Sanktionen für jene gibt, die sich nicht daran halten. Nette Nachhaltigkeitsklauseln sind schön und gut aber sie verkommen zu leeren Worthülsen, wenn sie nicht durchgesetzt werden.

Wir wehren uns gegen dieses Freihandelsabkommen im Dienste der Konzerne, die schon heute massive Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben. Wir wehren uns gegen einen weiteren Ausverkauf der Regenwälder. Wir wehren uns und wir sind viele.

Vielen Dank für euren Einsatz! Ich freue mich auf den Abstimmungskampf, wenn wir dieses Freihandelsabkommen gemeinsam mit vereinten Kräften verhindern!

Ronja Jansen, Präsidentin Jungsozialist*innen, 22. Juni 2020

Bern, 22. Juni 2020

Es gibt keine nachhaltige Palmölexporte

Das Freihandelsabkommen, mit Indonesien dem weltweit grössten Palmölproduzent, beinhaltet eine durchschnittliche Zollreduktion von 35% auf einem Kontingent, welches auf 12'500t ausgeweitet werden soll. Diese Importe sollen aus sogenannt nachhaltiger Produktion stammen. Doch die Freihandelsabkommen treiben die Bauern in die Armut. Dies geschieht hier zum Vorteil der Palmölexportindustrie welche von Konzernen dominiert wird. Deshalb unterstützt die grösste indonesische Bauernorganisation (Serikat Petani Indonesia) unser Referendum ausdrücklich und hat auch in öffentlichen Kampagnen und Interpellationen an den indonesischen Präsidenten zum Stop der Verhandlungen aufgerufen. Ernährungssouveränität und eine vielfältige kleinbäuerliche Landwirtschaft statt Importabhängigkeit und industrieller Ernährung sind die Konzepte für ein nachhaltiges zukunftsgerichtetes Ernährungssystem. Noch vor zwei Wochen fand in Tabo in der Provinz Jambi eine grosse Bauerndemonstration gegen neue « nachhaltige » Gummibaumplantagen durch den Reifenkonzern Michelin auf Kosten der Kleinbauern statt. Man darf sich nichts vormachen, Palmölmonokulturen, auch sogenannt nachhaltige, bedeuten Raubbau auf Kosten der Natur, der Kleinbauern und des Klimas.

Freihandelsabkommen gefährden die Versorgung und ein nachhaltiges Ernährungssystem

Um die Versorgung zu garantieren und das Klima zu schützen muss die einheimische Ölsaatenproduktion erhalten werden. Die Produzentenpreise dürfen nicht weiter fallen. Die Zollverbilligung von etwa 40 Rp/L wird anfänglich rund die Hälfte der Palmölimporte betreffen. Damit wird die schweizerische Raps- und Sonnenblumenproduktion unter wachsenden Preisdruck kommen. Es ist ein Hohn, dass dazu die Nachhaltigkeit hinhalten muss.

Es muss daran erinnert werden, dass der Preis für die Produzenten von 150 Fr/dt im Jahre 1999, auf 90 Fr/dt im Jahr 2013 und 76 Fr/dt im Jahr gesunken ist. Um diesen Verlust teilweise wettzumachen zahlt der Bund einen Einzelkulturbeitrag von Fr. 800.-/ha für die Rapsproduktion aus. Eigentlich wäre die Nachfrage nach einheimischem Öl gross, doch ist es bei diesen Preisen schwierig genügend Produzenten zu finden um dieser gerecht zu werden. Ein kostendeckender Preis im konventionellen Anbau sollte dabei heute bei Fr/180 dt liegen. Statt Zollabbau braucht die Schweiz einen differenzierten Zollschatz welche die inländische und wirklich nachhaltige Produktion unterstützt. Diese Politik entspricht auch dem Vefassungsauftrag gemäss Art. 104, 104a.

Die Schweiz hat bei den Ölsaaten einen Selbstversorgungsgrad von 35%. Nach dem Sonnenblumenöl steht Palmöl mit einem Importvolumen von 24.272 Tonnen (22%), an zweiter Stelle. Es ist ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll, dass das inländische Produktionsniveau erhöht wird oder mindestens erhalten bleibt. Importe aus nachhaltiger Landwirtschaft aus dem benachbarten Europa sollen den Bedarf ergänzen. Doch das billigere Palmöl hat in den letzten 20 Jahren auf Kosten des Sonnenblumenöls in grossem Stil Einzug in unsere Lebensmittel gehalten.

Die Schweiz exportiert laut Zollverwaltung im Jahre 2018 ein Gesamtvolumen von 233 Milliarden Franken. Dabei machen die Zolleinsparungen mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien laut nur gerade 35 Millionen Franken aus. (Basis 2017/Quelle: NZZ, 02.11.2018).

Obwohl das Parlament und mehrere Kantone den Ausschluss des Palmöls gefordert hatten hat der Bundesrat jetzt einen Vertrag unterzeichnet welcher das industrielle Ernährungssystem und die katastrophale Palmöl-Produktion Indonesien's grünwaschen will. Wir freuen uns deshalb dass wir heute erfolgreich die Unterschriften einreichen können und zählen darauf dass die Schweizer Bevölkerung den Palmölimporten eine klare Abfuhr erteilt.

Rudi Berli
Gemüseproduzent
Sekretär Uniterre
078 70 77 883

Genoss*innen, Freunde, Sympathisant*innen der lokalen Wirtschaft, der Umwelt und der lokalen Landwirtschaft, hier sind wir.

Nach einer etwas ungewöhnlichen Unterschriftensammlung treffen wir uns heute vor der Bundeskanzlei, um unsere Meinung laut und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Schon vor der Pandemie befanden wir uns in einem Zustand der Umweltkatastrophe. Die Klimastreiks der Jugend haben uns dies umso mehr vor Augen geführt, aber die Zunahme extremer Wetterereignisse, die steigenden Temperaturen, der weltweite Verlust an biologischer Vielfalt und die Entwaldung haben bereits spürbare negative Auswirkungen auf unser aller Leben. Doch die Gründe dafür scheinen klar zu sein: Ein unerbittlicher Wettlauf um Profit, ein globalisiertes Wirtschaftssystem und die massive Nutzung fossiler Brennstoffe waren eine wesentliche Triebkraft hinter diesen natürlichen Veränderungen mit katastrophalen Folgen für unser Leben. Sind die Ursprünge leicht verständlich? Nicht für alle! Der bürgerliche Block, der eine Mehrheit im Parlament hat, schien diese Logik nicht in Frage stellen zu wollen, als er das Freihandelsabkommen, das unser Land mit Indonesien unterzeichnen wollte, massiv unterstützte.

Aber warum ist dieses Abkommen so problematisch, mögen Sie fragen? Aus verschiedenen Gründen. Zunächst einmal ist Indonesien der weltgrößte Produzent von Palmöl. Der Anbau von Palmen hat die Wirtschaftsakteure in den letzten Jahrzehnten dazu veranlasst, große Teile des Urwaldes des Archipels zu zerstören, um Monokulturen neu anzulegen. Dieses Phänomen ist eine Katastrophe für die biologische Vielfalt. Während diese Wälder einst die Heimat einer üppigen Flora und Fauna waren, werden sie heute verbrannt oder abgeholzt, wobei große Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre freigesetzt und durch unfruchtbare Nutzpflanzen ersetzt werden, die nicht mehr allen Arten, die früher in diesen natürlichen Senken lebten, Lebensraum bieten können.

Am Ende der Distributionskette stünde in der Schweiz Palmöl, eine billige Ressource, die in der Lebensmittelindustrie bereits weit verbreitet ist und noch stärker mit lokal produzierten Ölen konkurrieren würde. Diese Situation ist äußerst problematisch, denn sie würde einen Sektor noch mehr unter Druck setzen, der zwar unverzichtbar ist, aber im Wettbewerb des globalisierten Marktes bereits massiv geschrumpft ist. Die Gesundheitskrise, die wir gerade durchgemacht haben, hat die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von Gütern aus anderen Ländern deutlich gezeigt und die Bedeutung der Verlagerung unserer Nahrungsmittelketten unterstrichen.

Brauchen wir auf der anderen Seite wirklich ein neues Freihandelsabkommen mit einem weit entfernten Land? Der Transport von Waren und Konsumgütern hat katastrophale Folgen für unser Klima. Kohlenwasserstoffe, die für den Transport von Gütern verwendet werden, setzen große Mengen an Treibhausgasen in die Atmosphäre frei, was den Prozess der globalen Erwärmung verschärft. Der Abschluss eines solchen Abkommens würde den Handel mit diesem südostasiatischen Land erleichtern, die Menge der Transaktionen würde zweifellos zunehmen und die negativen Auswirkungen dieser Ströme auf die Umwelt würden verstärkt.

Auf der politischen Ebene schließlich ist es ein starkes Signal, das wir an unsere gewählten Vertreter senden. Während andere Freihandelsabkommen derzeit mit Malaysia, dem MERCOSUR und den Vereinigten Staaten diskutiert werden, sagen wir, dass wir sie nicht wollen. Wir wollen nicht länger diesen liberalen Traum, der unser Leben und unsere lokale Wirtschaft zerstört, wir wollen nicht länger ihre listigen Geschäfte, die diejenigen bereichern, die bereits alles besitzen, und die kleinen Akteure in unserer Wirtschaft zerstören.

Ein Paradigmenwechsel ist heute mehr denn je unerlässlich. Für unsere Landwirt*innen, für unsere Gesundheit, für unsere Kinder und Enkelkinder, für alle lokalen Bäuerinnen und Bauern, aber auch für unsere Umwelt, unseren Planeten, die Fauna und Flora hier und anderswo. Dieses Abkommen zerstört für viele von uns die Zukunft, und ich freue mich, dass wir heute hier versammelt sind, um ihm Einhalt zu gebieten. Globalisierung muss die Globalisierung von Ideen und Menschen sein, nicht von Gütern!

Kelmy Martinez für [Agriculture du futur](#)

Solidaritätsbotschaft der bäuerlichen indonesischen Organisation SPI für das Palmöl-Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Hidup Petani!
Viva La Via Campesina!

Als Antwort auf den Kampf, den Uniterre und andere zivilgesellschaftliche Organisationen in der Schweiz gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien unter dem Dach der Indonesien-EFTA-CEPA (IE-CEPA) führen, erklärt die SPI¹⁾ hiermit ihre Solidarität und unterstützt den Kampf unserer Freunde und Freundinnen.

Als Bewegung mit einer Plattform gegen den Neoliberalismus hat die SPI zusammen mit La Via Campesina²⁾ lange gegen den Freihandel gekämpft. Der Kampf, der in Form eines Protests gegen eines der Symbole des Freihandels wie die WTO umgesetzt wurde, wo SPI und La Via Campesina Widerstandsfronten aufgebaut haben, begann von Cancun, Seattle, Hongkong, Genf, Bali, Nairobi, Buenos Aires bis heute. Daher lehnt SPI das IE-CEPA-Abkommen ausdrücklich ab, zudem wird dieses Abkommen direkte Auswirkungen auf Indonesien haben.

Im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung hat SPI sogar von Anfang an ausdrücklich ihre Ablehnung erklärt. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Indonesien hat die SPI eine Koalition gebildet, um Widerstand gegen die damals laufenden Verhandlungen zu leisten. Strassenproteste, Treffen mit Delegierten aus jedem Land und ein Protestschreiben an den Präsidenten der Republik Indonesien, um die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zu beenden, waren einige der Massnahmen, die ergriffen worden waren.

SPI ist sich bewusst, dass Freihandelsabkommen Konzepte sind, die abgelehnt und bekämpft werden müssen, weil sie nur zu bäuerlicher Armut führen. Importierte Agrar- und Lebensmittelprodukte werden den Bauern und Bäuerinnen schaden, während die Konzerne im Produktionssektor und bezüglich der Lieferketten ihre Dominanz ausbauen können. Die Bauern werden an den Rand gedrängt, weil sie als nicht wettbewerbsfähig gelten und durch Agrarunternehmen ersetzt werden.

Dies wird sich auch auf die Kontamination der produzierten landwirtschaftlichen Produkte auswirken. Die von Bauern und Bäuerinnen produzierten Lebensmittel werden in der Regel agrarökologisch hergestellt und sind umweltfreundliche, gesunde und nahrhafte landwirtschaftliche Produkte. Das wird sich ändern in einem von Konzernen verwalteten Monokultursystem; denn dort werden sie mit Agrochemikalien behandelt. Ganz zu schweigen davon, dass die Verluste der Bauern und Bäuerinnen durch die Einführung von Regelungen wie TRIPs oder UPOV 91 noch verschärft werden. Darüber hinaus werden in den an das Abkommen gebundenen Ländern, die traditionellen Saatgutsysteme^{*3)} und die Ernährungssouveränität, welche in der bäuerlichen Gemeinschaft gelebt werden, völlig ausgehöhlt.

Das Freihandelsabkommen wird sich weiter verschlechtern, wenn der Entwurf des Omnibus-Gesetzes in Indonesien verabschiedet wird. Der Entwurf ist sehr repräsentativ für Unternehmensinteressen und sehr nachteilig für die Bauern und Bäuerinnen. Als Beispiele

seien hier Regelungen in Bezug auf die Landesbank, den ausländischen Besitz von Wohneinheiten und die Reduzierung von Verpflichtungen und Sanktionen für Plantagengesellschaften genannt. Dank des Drucks des Volkes konnte die Diskussion über den Entwurf jedoch verschoben werden, und die Bevölkerung kann eine neue Strategie entwickeln, um sich dagegen zur Wehr zu setzen. (siehe unseren Link <https://spi.or.id/tak-hanya-klaster-ketenagakerjaan-spi-desak-dpr-hentikan-semua-pembahasan-klaster-di-ruu-cipta-kerja-yang-ancam-petani-rakyat-yang-bekerja-di-pedesaan/>)

Das Vorhandensein von Freihandelsabkommen, die durch das Omnibusgesetz unterstützt werden, macht die Umsetzung der Ernährungssouveränität sehr dringlich. Ernährungssouveränität ist das Konzept zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung, die von guter Qualität und kulturell angemessen ist und mit einem nachhaltigen und umweltfreundlichen landwirtschaftlichen System produziert wird. Das heisst, Ernährungssouveränität wahrt das Prinzip der Diversifizierung von Lebensmitteln im Einklang mit der bestehenden lokalen Kultur. Ernährungssouveränität ist das Konzept zur Umsetzung der Menschenrechte. So können Regionen ihre eigenen Agrar- und Ernährungssysteme bestimmen und die eine auf dem Solidaritätsprinzip basierende, familienbasierte Landwirtschaft betonen.

Der SPI bedauert zutiefst die Niederlage der Initiative für Ernährungssouveränität 2018, welche ebenfalls von Uniterre und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Schweiz initiiert wurde. Diese Niederlage wird jedoch nicht das Ende unseres Kampfes um die Verwirklichung der Ernährungssouveränität sein, nicht nur in der Schweiz, sondern in der ganzen Welt. Ausserdem wurde seit 2018 eine wichtige Lektion gelernt, um im gegenwärtigen Kampf für das Referendum gegen das Freihandelsabkommen erfolgreich zu sein.

Dieser Kampf muss gewonnen werden, wie der Sieg, den wir gemeinsam errungen haben, als wir dafür gekämpft haben, dass die Rechte der Bauern und Bäuerinnen zu einer UN-Deklaration⁴) wurden. Deshalb betonen wir noch einmal, dass die SPI wirklich schätzt, was Freunde und Freundinnen in der Schweiz tun, nämlich den Kampf, den die SPI bereits in Indonesien geführt hat, weiterzuentwickeln, einen Kampf, der fortgesetzt werden muss, um die Ernährungssouveränität in der Welt zu verwirklichen.

Zainal Arifin Fuad, Serikat Petani Indonesia (SPI)

Mehr Informationen:

¹ <https://viacampesina.org/en/tag/indonesia/>

² <https://viacampesina.org/en/>

³ <https://sehen-und-handeln.ch/seco-reagiert/>

⁴) Um die Rechte der Bauern und Bäuerinnen besser zu schützen, haben 122 von 193 Staaten, darunter auch die Schweiz, an der Uno-Vollversammlung Ende 2018 einer Deklaration für Bauern und Bäuerinnen zugestimmt und verabschiedet. Diese 122 Staaten vertreten dreiviertel der Weltbevölkerung. Die Deklaration soll die Sicherheit der Bäuerinnen und Bauern, aber auch ihren Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und anderen Ressourcen schützen. (Quelle Brot für alle, Fastenopfer)